

# **ver.di ruft am Frauentag auch Mitarbeiter:innen der städt. Kitas zum Streik- und Aktionstag auf**

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) ruft am Internationalen Frauentag (8. März 2023) die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst zu einem bundesweiten Branchenstreik- und Aktionstag auf. Dabei wird es in NRW zu flächendeckenden Warnstreiks in kommunalen Einrichtungen und Dienststellen des Sozial- und Erziehungsdienst kommen.

Konkret aufgerufen werden im ver.di-Bezirk Westfalen die Jugendämter, Jugendhilfedienste und Sozial- und Erziehungseinrichtungen (Kindergärten) der Städte, Bergkamen, Bönen, Castrop-Rauxel, Fröndenberg, Hamm (inkl. Heilpädagogisches Kinderheim), Lünen, Kamen, Schwerte, Selm, des Kreises und der Stadt Unna, sowie die Einrichtungen und Dienststellen aller kreisangehörigen Kommunen des Kreises Soest und des Hochsauerlandkreises.

„Der internationale Frauentag steht seit über 100 Jahren dafür, Gleichberechtigung und eine faire Bezahlung von Frauen durchzusetzen. Gerade in der Sozialen Arbeit, in der nach wie vor überwiegend Frauen arbeiten, zeigt sich bis heute, dass wir in der Auseinandersetzung um die faire Bezahlung von Frauen in dieser Gesellschaft noch nicht am Ende angekommen sind“, so Andrea Becker, Landesbezirksfachbereichsleiterin.

Die Soziale Arbeit ist mit 83 Prozent eine Branche, in der überwiegend Frauen arbeiten, beispielsweise in Kindertageseinrichtungen, Jugendämtern und Beratungsstellen. Dabei sind die Arbeitsbedingungen häufig prekär. Ob in Teilzeit und/oder als befristet Beschäftigte, spüren Frauen die Folgen der aktuellen Krisen am deutlichsten. Zudem mangelt es vielfach an finanzieller Anerkennung für die Arbeit in den sozialen Berufen. „Das Angebot der Arbeitgeber ist ein Affront an die Beschäftigten in der Sozialen Arbeit, die regelmäßig trotz und wegen hoher Krankenstände, Fachkräftemangel oder

personeller Unterbesetzung, an die Grenze ihrer persönlichen Belastung gehen“, so Becker weiter.

In den Tarifverhandlungen für die mehr als 2,5 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen wurde der Forderung von ver.di nach 10,5 Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 500 Euro mehr im Monat bei einer Laufzeit von zwölf Monaten, erneut eine klare Absage erteilt – trotz steigender Preise, hoher Inflation und großer Personallücken, gerade auch in der Sozialen Arbeit.

In Nordrhein-Westfalen finden an diesem Tag in über 15 Städten Kundgebungen und Aktionen im Rahmen der Warnstreiks statt, zu denen mehrere tausend Teilnehmer\*innen erwartet werden.